

Literatur

- Alfert, Nicole:** Facebook in der Sozialen Arbeit: Aktuelle Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe für eine professionelle Nutzung. Wiesbaden 2015
- ARD/ZDF:** Onlinestudie: Kern-Ergebnisse. In: http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2017/Artikel/Kern-Ergebnisse_ARDZDF-Onlinestudie_2017.pdf (veröffentlicht 2017, abgerufen am 2.3.2018)
- Bendel, Oliver:** 300 Keywords Informationsethik: Grundwissen aus Computer-, Netz- und Neue-Medien-Ethik sowie Maschinenethik. Wiesbaden 2016
- Daniels, Norman:** Justice and Justification: Reflective Equilibrium in Theory and Practice. Cambridge 1996
- Dewe, Bernd; Otto, Hans-Uwe:** Profession. In: Otto, Hans-Uwe u.a. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. München 2018, S. 1191-1202
- Eisenreich, Thomas; Ufer, Uwe:** Digitale Geschäftsmodelle gestalten. In: Kreidenweis, Helmut (Hrsg.): Digitaler Wandel in der Sozialwirtschaft: Grundlagen, Strategien, Praxis. Baden-Baden 2018, S. 119-131
- Finsoz e.V.:** Positionspapier Bundesteilhabegesetz: BTHG novellieren, Chancen der Digitalisierung nutzen. Berlin 2017
- Fürst, Roland; Hinte, Wolfgang (Hrsg.):** Sozialraumorientierung: Ein Studienbuch zu fachlichen, institutionellen und finanziellen Aspekten. Wien 2014
- Haas, Hanns-Stephan:** Unternehmen für Menschen: Diakonische Grundlegung und Praxisherausforderungen. Stuttgart 2012
- Kiessl, Heidrun; Herwig-Stenzel, Eckehard:** Systemische Beratung im Kontext von Community Mental Health und Digitalisierung. In: Hagemann, Tim (Hrsg.): Gestaltung des Sozial- und Gesundheitswesens im Zeitalter von Digitalisierung und technischer Assistenz. Baden-Baden 2017, S. 321-343
- Kreidenweis, Helmut:** Offen für alles? Neue Anforderungen an Branchensoftware für die Sozialwirtschaft. In: Kreidenweis, Helmut (Hrsg.): Digitaler Wandel in der Sozialwirtschaft: Grundlagen, Strategien, Praxis. Baden-Baden 2018, S. 195-204
- Kutscher, Nadia:** Soziale Arbeit und Digitalisierung. In: Otto, Hans-Uwe u.a. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. München 2018, S. 1430-1140
- Mau, Steffen:** Das metrische Wir: Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin 2017
- Theunissen, Georg:** Empowerment und Inklusion durch positive Verhaltensunterstützung. In: Schwalb, Helmut; Theunissen, Georg (Hrsg.): Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit: Best-Practice-Beispiele. Stuttgart 2012, S. 233-254

ALLGEMEINES

Befragung zur Teilhabe. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) führt das Sozialforschungsinstitut infas seit Mai dieses Jahres die erste bundesweite, repräsentative Erhebung zu den Lebensumständen von Menschen mit und ohne Behinderungen durch. Befragt werden 16 000 Menschen mit Behinderungen und 5 000 Menschen ohne Behinderung, die jeweils in Privathaushalten leben, 5 000 in Einrichtungen untergebrachte behinderte Menschen und 1 000 beispielsweise wegen Wohnungslosigkeit schwer erreichbare und schwer befragbare Personen. Diese können selbst entscheiden, ob sie die Fragen schriftlich, telefonisch oder online beantworten möchten. Im Einzelnen geht es um die berufliche Teilhabe, um den Austausch und die Unterstützung in Familie und Freundeskreis und um die Partizipation am öffentlichen Leben. Zudem gilt das Interesse der finanziellen Lage, der gesundheitlichen Versorgung und der Wohnsituation. Die voraussichtlich bis zum Jahr 2021 abgeschlossene Auswertung der Daten wird aus Sicht des BMAS eine wichtige Grundlage für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und für eine gute Politik gegenüber behinderten Menschen bilden. *Quelle: ZB Behinderung & Beruf 3.2018*

Positionspapier für eine solidarische Gesellschaft. In dem im Juli dieses Jahres veröffentlichten Positionspapier „Für eine solidarische Gesellschaft, für eine lebendige Demokratie“ treten der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) gemeinsam für den Zusammenhalt der Generationen und für eine herkunftsunabhängige Verteilung von Lebenschancen ein. Eine der wichtigsten Herausforderungen bestehe in der Verständigung auf die globalen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung auf ökologischer, ökonomischer und sozialer Ebene und in Bezug auf die Menschenrechte und den Frieden. Außerdem bedürfe es der Solidarität bei der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen. Angesichts des mit Sorge beobachteten Zulaufs zu demokratiefeindlichen und populistischen Strömungen schlagen DBJR und BAGSO vor, die politische Bildungsarbeit zu intensivieren. Beide Organisationen sprechen sich insbesondere für eine bessere Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit, für ein gutes interkulturelles Zusammenleben, für die Armutsbekämpfung und für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements aus. Das Positionspapier kann im Internet unter der URL http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/PM/2018/PM_Positionspapier_DBJR_BAGSO.pdf aufgerufen werden. *Quelle: Senioren Zeitschrift 4.2018*

Transparenz von Stiftungen. In der 15. Ausgabe der Reihe „Stiftungsfokus“ widmet sich der Bundesverband Deutscher Stiftungen dem Thema der Transparenz von Stiftungen gegenüber der Öffentlichkeit. Eine im Novem-

ber 2017 durchgeführte Befragung von 553 Stiftungen mit einer Rücklaufquote von 44,5 % habe ergeben, dass die Effizienz der eingesetzten Mittel, die Außenkommunikation und der Umgang mit Fördersuchenden von der Mehrheit der Stiftungen regelmäßig überprüft werden. Jedoch habe man nicht untersucht, auf welche Weise diese Überprüfungen stattfinden. Obwohl mehr als 80 % der befragten Stiftungen ihre Internetseite für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen, publizierten dort nur etwa zwei Drittel ihren Jahresbericht, nur knapp 60 % ihre Satzung und nur 44 % ihre Finanzdaten. Drei Viertel der Stiftungen wünschen sich eine Liste der als gemeinnützig anerkannten Körperschaften im Internet und ein bundeseinheitliches, digitalbasiertes Stiftungsregister mit Publizitätswirkung. Der „Stiftungsfokus“ findet sich unter der Anschrift <https://shop.stiftungen.org/stiftungsfokus> im Internet. *Quelle: BFS-Trendinfo 10.2018*

Social-Media-Initiative gegen Diskriminierung.

Gemäß dem seit 2006 geltenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz darf niemand aus rassistischen Motiven oder hinsichtlich des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität diskriminiert werden. Junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, die sich Diskriminierungen ausgesetzt fühlen, können über den von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) geschaffenen Hashtag #DarüberReden auf den Portalen Facebook, Instagram und Twitter von diskriminierenden Situationen berichten. Um die Öffentlichkeit für die Problematik zu sensibilisieren, ruft die ADS seit Mitte Oktober bis Dezember dieses Jahres mit Bannern, Anzeigen, Sharepics und gezielten Werbekampagnen zum Dialog auf. Begleitend werden Unterrichtsmaterialien für Schulen erarbeitet. Für eine telefonische juristische Beratung kann die Hotline 030/185 55-18 55 montags von 13 bis 15 Uhr sowie mittwochs und freitags von 9 bis 12 Uhr konsultiert werden. Auf Grundlage der unter #DarüberReden geschilderten Erfahrungen sollen in einer Abschlussveranstaltung im Januar 2019 politische Antworten formuliert werden. *Quelle: Mitteilung des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V. vom 5.10.2018*

SOZIALES

Rückzahlung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Seit dem 1. Januar 2004 müssen alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Betriebsrentnerinnen und -rentner sowie Beziehende anderer Versorgungsbezüge auf diese Einkünfte den vollen Beitragssatz zur Krankenversicherung entrichten. Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gilt dies jedoch dann nicht, wenn Beschäftigte nach Verlassen eines Betriebes den Pensionskassenvertrag übernommen und ab diesem Zeitpunkt allein eingezahlt haben. Die von da an erworbenen Rentenansprüche

seien nicht mehr sozialversicherungspflichtig, da die allein weitergeführte Altersversorgung einer privaten Altersversorgung gleichzustellen sei. Sofern ein Antrag bis zum 31. Dezember 2018 gestellt wird, können die bereits gezahlten Sozialabgaben für vier Jahre rückwirkend geltend gemacht werden. Auf der Internetseite www.vdk.de/deutschland/pages/musterklagen/11388/kkbeitraege_auf_betriebsrenten stellt der Sozialverband VdK ein Musterschreiben mit einem Überprüfungsantrag zur Verfügung. *Quelle: VdK Zeitung Oktober 2018*

Inklusionsbetriebe in Deutschland. Als Brücke zwischen den Werkstätten für behinderte Menschen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt leisten Inklusionsbetriebe einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Teilhabe schwerbehinderter Menschen. Wer trotz Handicap auf der Suche nach einer Beschäftigung außerhalb der Werkstätten ist, findet auf der Website des Informationssystems Rehadat unter der Internet-Anschrift www.rehadat-adresen.de/de/arbeit-beschaeftigung/inklusionsbetriebe/index.html ein Verzeichnis von 1 016 Inklusionsbetrieben in Deutschland. Dieses steht unter www.rehadat.de/export/sites/einstieg/downloads/VerzIntFirmen.pdf auch im pdf-Format zum Download bereit. *Quelle: Das Band 3.2018*

Situation wohnungsloser Menschen. Im Frühjahr dieses Jahres realisierte der Evangelische Bundesfachverband der Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe (EBET) in Zusammenarbeit mit der Alice Salomon Hochschule Berlin eine bundesweite Umfrage in neun Sprachen zu den Lebenslagen wohnungsloser Menschen. Befragt wurden insgesamt 1 135 Betroffene, die Hilfe der Diakonie in Anspruch nahmen. Dabei ging es neben der Wohnsituation um die materielle Situation, die Erwerbsarbeit, die Gesundheit, die Sicherheit und die sozialen Netzwerke. Wie die Ergebnisse zeigen, lebten 14 % der Befragten auf der Straße, 12,4 % in Notunterkünften, ein gutes Drittel in Einrichtungen und 23 % in Heimen oder Hostels. 52,2 % der Befragten befinden sich in einer mittleren und 28 % in einer schlechten oder sehr schlechten Lebenslage. Den größten Einfluss auf die persönliche Wahrnehmung hat die existenzielle Sicherheit, die stark von der Wohn- und Übernachtungssituation, der Wohnzufriedenheit, dem Sicherheitsgefühl und dem Zugang zu medizinischer Versorgung abhängt. *Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland vom 24.10.2018*

GESUNDHEIT

Bündnis gegen Depression. Auf Initiative der Klinik für Psychiatrie, Sozialpsychiatrie und Psychotherapie der Medizinischen Hochschule Hannover und der Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich wurde im Jahr 2008 das Bündnis gegen Depression in der Region Hannover gegründet, um Betroffene und Angehörige zu unterstützen, lokale Beratungs- und Therapiemöglichkeiten zu vernetzen und durch eine Verbesse-

zung der Versorgungsangebote Suiziden vorzubeugen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums dieses Bündnisses fanden im Oktober 2018 zahlreiche Veranstaltungen statt. Die Aktivitäten des Bündnisses werden im Internet unter <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Gesundheit/Beratungsstellen/Bündnis-gegen-Depression-in-der-Region-Hannover> ausführlich dargestellt. *Quelle: impulse September 20 18*

Anstieg der Arzneimittelausgaben. Wie aus Zahlen des Statistikdienstleisters IQVIA hervorgeht, sind die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im ersten Halbjahr 2018 um 4,2 % auf 19,7 Mrd. Euro angestiegen. Ein großer Teil des Ausgabenzuwachses entfällt auf innovative Krebstherapien, spezifische Antirheumatika sowie Therapien zur Schlaganfallprophylaxe. Das Ausgabenplus bei patentgeschützten Präparaten belief sich auf 10,6 %, das bei Generika auf 3,8 %. Nicht mit eingerechnet sind in diese Zahlen die Einsparungen aus Rabattverträgen. Berücksichtigt wurden jedoch die Herstellerzwangsabschläge (2,14 Mrd. Euro) und der Apothekenabschlag von 1,77 Euro auf jede für GKV-Versicherte abgegebene rezeptpflichtige Packung, durch den sich ein Einsparvolumen von mehr als 571 Mio. Euro ergab. *Quelle: klartext 3. Quartal 2018*

Terminservicestellen. Seit Anfang des Jahres 2016 vermitteln Terminservicestellen innerhalb einer Wartezeit von maximal vier Wochen Termine bei niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzten sowie bei psychotherapeutischen Fachkräften, sofern eine Überweisung vorliegt. Laut dem am 26. September dieses Jahres im Bundeskabinett beschlossenen Entwurf eines „Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung“ sollen diese Einrichtungen ab Frühjahr 2019 auch die Suche nach hausärztlichen und kinderärztlichen Diensten und nach einer dauerhaften medizinischen Betreuung erleichtern. Zudem ist geplant, den Service bundesweit unter der Rufnummer 116 117 an 24 Stunden und 7 Tagen in der Woche bereitzustellen. Durch ein noch in Entwicklung befindliches digitales Angebot werde man Termine auch online oder mittels einer App buchen können. Der Sozialverband SoVD kritisiert, dass die Forderung nach einer Aufnahme der zahnärztlichen und kieferorthopädischen Leistungen bisher nicht erfüllt wurde. *Quelle: SoVD-Zeitung Oktober 2018*

Studie zur Gesundheit und Sexualität. Forscherinnen und Forscher des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) und das Sozialforschungsinstitut KÄTAR EMNID führen derzeit mit einer Förderung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) laptop-gestützte Interviews zum Thema „Gesundheit und Sexualität in Deutschland – GeSiD“ durch. Im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojektes werden seit Oktober dieses Jahres bis April 2019 etwa 5 000 anhand einer Zufallsstichprobe ausgewählte Menschen im Alter von

18 bis 75 Jahren persönlich befragt. Dabei liegt der Schwerpunkt des Interesses auf der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten und den Zusammenhängen zwischen der Häufigkeit bestimmter Infektionen und Merkmalen sexueller Gesundheit oder sexuellen Verhaltens. Die ab Ende 2019 erwarteten Ergebnisse sollen dazu beitragen, Angebote zu Sexualaufklärung und Familienplanung zu verbessern, um Menschen mit sexuellen Problemen passende Hilfeangebote zu machen und die sexuelle Gesundheit in Deutschland zu fördern. Genauer zur Studie steht im Internet unter www.gesid.eu. *Quelle: Pressemitteilung der BZgA und des UKE vom 5.11.2018*

JUGEND UND FAMILIE

Nonkonforme Genderidentität und Jugendarbeit.

Um die Unterstützungsbedarfe und Identitätsfindungsprozesse lesbischer, schwuler, bisexueller, transgeschlechtlicher, intersexueller und queerer (LSBTIQ*) Jugendlicher und junger Erwachsener sowie deren Wahrnehmung der Jugendarbeit zu untersuchen, realisierte der Landesjugendring Niedersachsen e.V. in Kooperation mit dem Institut für Diversitätsforschung der Georg-August-Universität Göttingen im Zeitraum von Dezember 2017 bis März 2018 die Studie „Jung, LSBTIQ* und die Jugendarbeit in Niedersachsen“. Diese basiert auf einigen biografischen Interviews mit jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren, die sich selbst als LSBTIQ* bezeichnen, und auf zwei Gruppendiskussionen mit ehren- und hauptamtlichen Fachkräften der Jugendarbeit. Wie die im Rahmen der Fachveranstaltung „Jugendarbeit im Que(e)r-Schnitt“ am 3. September dieses Jahres in Hannover vorgestellten Ergebnisse zeigen, führen Mobbing-erfahrungen und andere Diskriminierungen häufig zu psychischen Belastungen. Herausgestellt habe sich aber auch, dass die Reaktionen der Umwelt auf das Coming-out in vielen Fällen positiver ausfielen als erwartet. Erwünscht seien sowohl inklusive als auch explizit queere Angebote der Jugendarbeit. Zudem bedürfe es einer Qualifizierung zum Thema geschlechtliche Vielfalt im Rahmen der pädagogischen Ausbildung, einer queerpolitischen Interessensvertretung und einer zentralen und verbandsübergreifenden Vernetzungsstelle auf Landesebene für die queere Jugendarbeit. Die komplette Studie sowie eine Kurzfassung können im Internet unter www.nextqueer.de/dokumentation abgerufen werden. *Quelle: Korrespondenz vom 14.9.2018*

Unterstützung für Familien. Mit dem Ziel, die steuerlichen Abgaben zu reduzieren, wurde von der Bundesregierung im Oktober dieses Jahres ein Gesetzesentwurf zur steuerlichen Entlastung der Familien und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen vorgelegt. Dieser beinhaltet auch eine Erhöhung des Kindergeldes ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro. Für Familien, die Leistungen zur Grundsicherung erhalten, entstehen hierdurch keine

Verbesserungen, da das Kindergeld weiterhin auf den Regelsatz angerechnet wird. Vorgesehen ist zudem, den jährlichen steuerlichen Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um jeweils 192 Euro auf insgesamt 7 812 Euro anzuheben. Von weiteren Änderungen profitieren sowohl Familien mit Kindern als auch kinderlose Menschen. So soll der jährliche Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer im Jahr 2019 um 168 Euro auf 9 168 und im Jahr 2020 um weitere 240 Euro auf 9 408 Euro steigen. Zugleich wolle man den Effekt der sogenannten „Kalten Progression“ durch eine Verschiebung der Eckwerte bei der Einkommensteuer kompensieren. Der Gesetzesentwurf wurde vom Bundestag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *Quelle: Das Parlament vom 15.10.2018*

Digital-Botschafterinnen und -Botschafter gesucht. Um älteren Menschen zu helfen, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten, sucht das Sozialministerium Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz und der Stiftung Medienkompetenz Südwest Frauen und Männer, die ehrenamtlich älteren Menschen den Umgang mit Smartphones, Tablets und dem Internet näherbringen möchten. Die Freiwilligen können Sprechstunden anbieten, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen helfen oder Angebote wie Smartphone-, Tablet- und Internet-Treffs sowie Fachvorträge mitgestalten. Wer sich für diese Tätigkeit interessiert, erhält eine kostenlose Qualifizierung und wird anschließend während der Ausübung des Engagements fachlich begleitet. Geplant ist, bis zum Jahr 2021 mindestens 70 bis 100 Kräfte auszubilden, die Seniorinnen und Senioren in Pflegeeinrichtungen, Vereinen oder Seniorencafés mit der Nutzung der digitalen Medien vertraut machen (siehe auch die Internet-Seite www.digibo.rlp.de). *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland Pfalz vom 9.10.2018*

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt. Das Familienministerium hat am 19. Oktober dieses Jahres ein Konzept zur Stärkung der Strukturen für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt und Ausbeutung und zur Verbesserung der Hilfen für Betroffene vorgelegt. Vorgesehen ist die dauerhafte Einsetzung eines beziehungsweise einer „Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs bei der Bundesregierung“, der oder die durch 25 unbefristet Beschäftigte unterstützt werden soll. Auch ein ehrenamtlich tätiger Betroffenenrat steht in Planung. Durch die Verlängerung der Laufzeit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Deutschland soll zudem die im Januar 2016 begonnene systematische Aufarbeitung bis Ende des Jahres 2023 sichergestellt werden, um das Ausmaß, die Ursachen und die Folgen von sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige aufzuklären. Nach Schätzun-

24.1.2019 Luzern/Schweiz. Fachtagung Sozialpädagogische Familienbegleitung – Familien mit psychisch erkrankten Eltern stärken. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Frau Janit Schumacher, Inseliquai 12B, 6002 Luzern/Schweiz, Tel.: 00 41/413 67 48 83, E-Mail: janit.schumacher@hslu.ch

25.-27.1.2019 Königswinter. Seminar: (Ent-)Professionalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/288 75 63-10, E-Mail: info@dbsh.de

18.2.2019 Frankfurt am Main. Seminar: Rechtliche Risiken bei Internetauftritten und Social Media Marketing. Information: Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200 17 00, E-Mail: akademie@caritas.de

19.2.2019 Hannover. Tagung: Versorgungsdiallog 2029 – Gesundheit weiter gedacht. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/38 81 18 90, E-Mail: veranstaltungen@gesundheit-nds.net

21.-22.2.2019 Bielefeld. Tagung: Interdisciplinary Perspectives on Refugee Migration and Health. Information: Forschungskolleg FlüGe – Opportunities and challenges that global refugee migration presents for health care in Germany. Information: Universität Bielefeld, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld, E-Mail: taha.itani@uni-bielefeld.de

14.-15.3.2019 Berlin. XV. Jahrestagung Illegalität: „Soziale Rechte – Hürden zwischen Anspruch und Umsetzung“. Information: Katholische Akademie in Berlin, Hannoversche Straße 5, 10115 Berlin, E-Mail: pohler@katholische-akademie-berlin.de

16.-17.3.2019 Berlin. Jahrestagung der Deutschsprachigen Gesellschaft für psychosoziale Onlineberatung: Psychosoziale Beratung in der mediatisierten Gesellschaft. Information: DGOB c/o Heinz Thiery, Ernst Reuter Straße 8a, 67373 Dudenhofen, Tel.: 062 32/312 86 33, E-Mail: geschaeftsstelle@dg-onlineberatung.de

20.-21.3.2019 Köln. Tagung: Auf Biegen und Brechen? Alltags- und Übergangspraktiken in Hilfen für junge Menschen: zwischen Selbstbestimmung, Eigensinn und gesellschaftlichen Anpassungsforderungen. Information: Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation, Lehrstuhl für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit, Klosterstraße 79c, 50931 Köln, Internet: <https://www.hf.uni-koeln.de/data/sozpaed/File/Call%20for%20Papers.pdf>, E-Mail: anna.stossun@uni-koeln.de

gen der Weltgesundheitsorganisation sind in Deutschland eine Million Mädchen und Jungen Opfer aktueller oder vergangener sexueller Gewalt. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 19.10.2018*

Training für Eltern. Für Eltern mit hyperaktiven und impulsiven Kindern mit oder ohne Diagnose einer ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) bietet die AOK unter der Anschrift <https://adhs.aok.de> ein kostenfreies Training im Internet. Dieses soll dabei helfen, mögliche Verhaltensauffälligkeiten der jungen Menschen in den Griff zu bekommen, die gegenseitige Beziehung zu stärken und die eigenen Bedürfnisse nicht zu vernachlässigen. Darüber hinaus finden sich auf der Internetseite Informationen zu den Ursachen einer ADHS, zum Krankheitsbild, zu geeigneten Hilfemaßnahmen und zu den Wirkungen und Nebenwirkungen von Psychostimulanzien und anderen Medikamenten. Anhand von Video-Clips kann der Umgang mit Wutanfällen, mit einem überhöhten Medienkonsum, mit Geschwisterstreitigkeiten und anderen Problemen eingeübt werden. Wer bei der AOK versichert ist, erhält auf Wunsch über die Telefonhotline 02 21/47 89 66 60 werktags von 9 bis 13 Uhr eine individuelle Beratung zu konkreten Fragen. *Quelle: gesundes unternehmen 3.2018*

Studie zum Betreuten Seniorenwohnen. Mittels einer Online-Befragung von über 4 500 Anbietern haben das Kuratorium Deutsche Altershilfe und die BFS Service GmbH erstmals die Trends und Strukturen des Betreuten Seniorenwohnens untersucht. Wie sich herausstellte, hat sich die Zusammensetzung der Neukundinnen und Neukunden verändert. Diese sind bei 69,2 % der Wohneinrichtungen über 80 Jahre alt, bei 46,4 % sind sie stärker pflegebedürftig und bei 31,6 % haben sie keine Angehörigen mehr. Für 63 % der Befragten stellt die Gewährleistung der Versorgungssicherheit wie beispielsweise durch Tagespflegeangebote oder Rund-um-die-Uhr-Betreuung eine besondere Herausforderung dar. 45,8 % der an der Umfrage teilnehmenden Einrichtungen wünschen sich mehr Erfahrungsaustausch in der Praxis. Unter der Anschrift www.bfs-service.de kann ein Link zum Download der kompletten Ergebnisse angefordert werden. *Quelle: Mitteilung der Bank für Sozialwirtschaft AG vom 17.10.2018*

Medienpädagogisches Projekt in Bayern. Im Auftrag des Bayerischen Familienministeriums bieten das Institut für Medienpädagogik (JFF) in München und das Medienzentrum Parabol in Nürnberg mit dem neuen Projekt „Game Life!“ Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren, Eltern und Fachkräften Orientierung beim Umgang mit digitalen Spielen. Workshops für Heranwachsende sowie generationenübergreifende Veranstaltungen widmen sich kulturellen und jugendschutzbezogenen Fragestellungen, um auf diese Weise Impulse für eine kreative Auseinandersetzung mit Computerspielen zu

geben. Zugleich erhalten Eltern und Kinder die Möglichkeit, sich gegenseitig ihre früheren oder aktuellen Lieblingsspiele vorzustellen. Im Rahmen des Projekts werden Materialien für die Medienerziehung erstellt, die ab März 2019 unter der Internetanschrift www.jff.de/games kostenlos abrufbar sind. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 5.10.2018*

AUSBILDUNG UND BERUF

Tagung Historische Sozialpädagogik. „Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Sozialpädagogik/Sozialarbeit im Übergang vom Nationalsozialismus zur Nachkriegszeit“ lautet der Titel der 15. Tagung der AG Historische Sozialpädagogik/Soziale Arbeit, die vom 17. bis 19. Oktober 2019 an der Hochschule Würzburg stattfindet. Die Veranstalter laden Forscherinnen und Forscher ein, sich mit Vorträgen zum Thema für die Tagung zu bewerben. Die Vorträge sollen 30 Minuten nicht überschreiten. Eine anschließende Veröffentlichung der Beiträge in einem Sammelband ist vorgesehen. Das Tagungsprogramm kann unter https://fas.fhws.de/fileadmin/user_upload/CfP_Tagung_AGhistSozialpädSozArb_-_25.07.2018.pdf eingesehen werden. Vorschläge für Tagungs- und Buchbeiträge können bis zum 31.1.2019 als Exposé im Umfang von höchstens 400 Wörtern sowie einem kurzen Lebenslauf als PDF an die E-Mail-Adresse ralph.amthor@fhws.de gesandt werden.

Mehr Professorinnen. Laut dem Ressort Wissenschaft und Forschung der Berliner Senatskanzlei gingen an den staatlichen Hochschulen in Berlin in den ersten drei Quartalen dieses Jahres von den insgesamt 223 Rufen auf Professuren 101 an weibliche Kandidaten, womit deren Anteil auf 45 % anstieg. Im Vorjahr betrug die Quote 40 % und im Jahr 2016 noch 29 %. Bei den Rufen auf unbefristete Professuren liege der Frauenanteil aktuell bei 44 %, bei denjenigen auf befristete Professuren bei 49 %. 47 % der neu erteilten Rufe an den drei großen Universitäten (Freie Universität, Humboldt-Universität und Technische Universität) und der Charité-Hochschulmedizin sind 2018 an Frauen ergangen. An den vier künstlerischen Hochschulen waren es im gleichen Zeitraum 58 % und an den vier staatlichen Fachhochschulen 37 %. Mit einem Frauenanteil von insgesamt 32,2 % der Professuren an staatlichen und privaten Hochschulen liegt Berlin bundesweit an der Spitze. Dennoch werden im Rahmen des Berliner Chancengleichheitsprogramms und anderer Initiativen Fördergelder von jährlich bis zu 3,8 Mio. Euro aus Landesmitteln und aus Eigenmitteln der Universitäten und Hochschulen bereitgestellt, um der noch bestehenden Unterrepräsentation von Frauen in Kunst und Wissenschaft entgegenzuwirken. *Quelle: Pressemitteilung des Landes Berlin vom 2.11.2018*